

Sachstandsbericht Integration TOP 5

Sehr geehrte Anwesende

Kostenübernahme durch Land und Bund

Vorab rufe ich in Erinnerung, daß es für die Bürger des Landkreises egal ist, ob Land und Bund die Kosten für die Migranten übernehmen. Zahlen müssen es die Bürger so wie so. Nur der Kreisverwaltung wird die Geldbeschaffung erleichtert.

Die Rastatter Erklärung des Landkreistags

Vor 2 Jahren ließ der Herr Landrat anlässlich der rechtlich sehr umstrittenen Grenzöffnung durch Angela Merkel Folgendes in einer Pressemitteilung veröffentlichen:

Zitat:

„Das Unterstützungsschreiben von baden-württembergischen CDU-Landräten und Oberbürgermeistern an Kanzlerin Angela Merkel hat der Rastatter Landrat Jürgen Bäuerle nicht unterschrieben. Er fühle sich vom Landkreistag gut vertreten und setze darauf, daß dessen Forderungen und Anregungen Wirkung zeigen.“ Zitat Ende.

Jetzt, 2 Jahre später, liegen mit der „Rastatter Erklärung des Landkreistages“ 10 Forderungen und Anregungen vor, denen sich der Landkreis Rastatt anschließt und somit letztlich doch Frau Merkels Flüchtlingspolitik stützt. Obwohl die 10 Forderungen deren unbeseitigte gravierende Mängel ansprechen, wie es die AfD seit langem tut. Aber Konsequenzen sind nicht gefolgt. Das lässt den Schluss zu, dass der Landkreis Rastatt sich also offensichtlich mit der jetzigen Form der Migration abfindet. Wir, die AfD, tun das aber nicht.

4 absurde Beispiele

Nur 4 absurde Beispiele von vielen anderen warum wir uns nicht abfinden:

1.

Unzumutbare und zunehmenden Beschimpfungen und Beleidigungen von Betreuungspersonal und Polizei durch Migranten in den Unterkünften und in der Öffentlichkeit, wie jetzt sogar der Landkreistag in seinen 10 Forderungen feststellt. Ohne Konsequenzen.

2.

Junge alimentierte Afghanen, die in deutschen Cafes Kaffee trinken, während ihre Altersgenossen aus USA und Europa ihr Leben im Kampf gegen die Taliban riskieren.

3.

Familiennachzug fördert nachweislich Parallelgesellschaften. Überall, auch bei uns im Landkreis. Extrembeispiele geben 10.000de Libanonkurden in Bremen, Berlin, Essen, Hildesheim. Zu 90% in Sozialhilfe, zu 50% polizeibekannt. Seit über 30 Jahren. Ohne Konsequenzen.

4.

Der Freiburger Straftäter Hussein K. - ein UMA, angeblich 31 Jahre alt, verfügte über 400 EUR/Monat Taschengeld aus dem Sozialsystem bei freier Kost und Logis. Manche Rentnerin bei uns, die Kinder aufgezogen hat, welche heute das Sozialsystem mittragen,

erhält nur 700 EUR. Und keine freie Kost und Logis und deshalb bleibt auch kein Taschengeld übrig.

AfD ist für Asyl

Zum Schluß nochmals zur Klarstellung, auch wenn's schon ewig wiederholt wurde und damit es auch alle Anwesenden richtig verstehen:

Die AfD unterstützt Asylrecht, Genfer Konvention und auch subsidiären Schutz Berechtigter – für die Dauer des Schutzgrundes. Aber keine ungesteuerte Migration ins Sozialsystem oder dauernde Zuwanderung über Asyl. Dafür muss ein Einwanderungsgesetz nach Kanadischem Vorbild her.

Ceterum censeo

Ceterum censeo: Deutschland darf sich nicht weiterhin mit seiner Migrationspolitik zum Absurdistan machen.

Danke.